

## Pressemitteilung / Stellungnahme zum Abschlussbericht des Beirat Sustainable Finance

**Sperrvermerk:  
Veröffentlichung vor dem 25.2.2021, 11:00 Uhr ist nicht gestattet**



**25.02.2021 / Berlin.** Der Beirat Sustainable Finance, der von der Bundesregierung 2019 beauftragt wurde, ein Handlungspaket zu empfehlen, mit dem Deutschland zum "führenden Standort" für nachhaltige und klimafreundliche Finanzen wird, veröffentlicht am 25.2.2021 seinen Abschlussbericht. Der Beirat rät darin, der Bund solle eine "Vorbildwirkung" einnehmen und "öffentliche Pensionskassen" (...) an den Pariser Klimazielen ausrichten".

### **Die bürgerschaftliche Klimainitiative 'Fossil Free Berlin' nimmt dazu wie folgt Stellung:**

Der Beirat Sustainable Finance empfiehlt, der Bund solle die öffentlichen Pensionskassen als 'Vorreiter' an den 'Pariser Klimazielen ausrichten'. "Fossil Free Berlin begrüßt diese Empfehlung des Beirats sehr, weil sie noch vor der Bundestagswahl umsetzbar ist und ein lange ignoriertes Risiko aufdeckt. Denn der Bund ist aktuell absolut kein Vorreiter für saubere Finanzen, im Gegenteil", so Mathias v. Gemmingen von der bürgerschaftlichen Klimainitiative 'Fossil Free Berlin'.

"Nach dem Skandal um die versprochene Flüssiggas-Milliarde für die USA [1] versteckt sich die nächste klimazerstörende Milliarde in den staatlichen Pensionskassen [2]. Wir appellieren an Bundesfinanzminister Scholz und den Bundestag: Verkaufen Sie endlich die Anti-Klima-Aktien von Erdöl- und Frackingkonzernen und investieren Sie in eine Zukunft ohne Klimachaos", so Anne Becher von 'Fossil Free Berlin'.

Das Aktiendepot des Bundes steuert laut der Fossil-Free-Studie 'Fiebrige Finanzen' [3] aus dem September 2020 auf eine Erderhitzung von 4,0 Grad Celsius zu. "Die Anlagestrategie des Bundes ist nicht kompatibel mit dem Pariser Klimaabkommen und durch die besonders riskanten Aktiengeschäfte mit Fossilkonzernen auch finanziell ein schlechtes Geschäft [4]. Das muß sich dringend noch in dieser Legislatur ändern", so von Gemmingen.

\*\*\*

### **Quellen:**

[1] Tagesspiegel Background, ZDF u.a. berichten:

<https://background.tagesspiegel.de/energie-klima/scholz-schweigt-zu-nord-stream-2>  
<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/nord-stream-2-usa-scholz-umwelthilfe-100.html>

[2] Zum 31.10.2018 betrug der Bestand der vier Sondervermögen des Bundes zur Finanzierung von Pensionsansprüchen von Bundesbeamten, Richtern, Soldaten sowie der Pflegeversicherung 31,5 Mrd. € und hat sich zum Stand Mai 2020 auf über 39 Milliarden Euro erhöht. Davon sind bis zu 20% in Aktien des Euro Stoxx 50 investiert (ohne Airbus). Die Investitionen in acht Unternehmen, die mit fossilen Brennstoffen Geschäfte machen, beliefen sich laut Hochrechnung von Fossil Free Berlin im Jahr 2018 auf 667 Millionen Euro. Durch die Erhöhung des Investitionsvolumens der Sondervermögen und Umschichtung im Aktiendepot des Bundes bzw. der Zusammensetzung auf Basis des 'Euro Stoxx 50' hat sich die Investitionssumme des Bundes in den

Fossil-Sektor zwischenzeitlich im Jahr 2019 auf über 800 Millionen Euro und ab dem Jahr 2020 auf über 1,0 Milliarden Euro erhöht. [Wegen Atomkraft-Geschäften ausgeschlossen](#) wurden Ende 2019 Enel, Engie und Iberdrola; der Erlös des Aktienverkaufs wurde laut Information des BMI reinvestiert in die verbliebenen Aktien im Portfolio. Zum 30.5.2020 waren im Aktiendepot des Bundes weiterhin Total, ENI, Vinci, Linde und BASF enthalten, die emissions-intensive Fracking- bzw. Erdöl-Geschäfte betreiben. Nach Angaben des BMI bzw. des interministeriellen Anlageausschusses sind auch in der für Sommer 2021 angekündigten neuen Anlagestrategie des Bundes weiterhin Investitionen in Kohle, Erdgas, Fracking und Erdöl nicht ausgeschlossen und kein Verfahren enthalten, um die die "Depot-Hitze" zu überprüfen bzw. mit dem Temperaturziel des Pariser Klimaabkommens von "1,5 Grad" bzw. "deutlich unter 2 Grad Celsius" in Einklang zu bringen.

**Antwort der Bundesregierung 19/6247 auf die Kleine Anfrage 19/5819 vom Dezember 2018:**  
[dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/062/1906247.pdf](https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/062/1906247.pdf)

**Geplante Anlagestrategie laut BMI für die Versorgungsrücklagen des Bundes:**  
<https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/faqs/DE/themen/oeffentlicher-dienst/beamte/versorgung/versorgung-liste.html>

[3] Studie: <https://fiebrige-finanzen.de>

[4] Wirtschaftlichkeitsanalyse für den Bund: Im Auftrag von Fossil Free Berlin führte die Non-Profit-Organisation 'Facing Finance e.V.' eine Backtesting-Analyse durch. Details siehe Frage 6 in den FAQ: <https://fossilfreeberlin.org/fiebrige-finanzen-faq/>

#### **Über Fossil Free Berlin:**

Klimaschützer:innen gründeten 2014 'Fossil Free Berlin' als überparteiliche, nicht-kommerzielle und 100% ehrenamtliche Initiative und erzielten 2016 einen ersten großen Erfolg: Als Reaktion auf öffentlichkeitswirksamen Druck und eine dauerhafte Divestment-Debatte beschloss das Parlament des Landes Berlin, 823 Mio. Euro Versorgungsrücklagen aus Unternehmen abzuziehen, die mit fossilen Brennstoffen, Atomkraft und Kriegswaffen Geschäfte machen. Das Berliner Team ist Teil der internationalen Klimabewegung 'Fossil Free', die von der Klimaschutz-Organisation '350.org' und Bill McKibben (Träger des Alternativen Nobelpreises 2014) initiiert wurde. Weltweit sind über 1.000 Fossil-Free-Gruppen aktiv und konnten bis heute über 1.200 Großanleger von Divestment überzeugen. Sie setzen sich für eine Abkehr von der fossilen Brennstoff-Industrie und für 100% erneuerbare Energien ein.

**Fotos zur Veröffentlichung (bitte Namen der Fotograf\*innen angeben):**  
<https://fossilfreeberlin.org/foto-archiv/>

#### **Pressekontakt:**

Mathias v. Gemmingen / Co-Organisator, Fossil Free Berlin  
[fossilfreeberlin@riseup.net](mailto:fossilfreeberlin@riseup.net)

\*\*\*